



Trotz kalt-nassem Novemberwetter protestierten 2016 Tausende gegen den Bildungsabbau. Foto: Simon Ziffermayer.

Mit grossem Einsatz viel erreicht

Jahresbericht alv. Elisabeth Abbassi, Präsidentin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands (alv) blickt auf ein intensives, erneut kämpferisches Verbandsjahr zurück. Das SCHULBLATT gibt eine gekürzte Fassung des Jahresberichts wieder, in ganzer Länge nachzulesen auf der alv-Website.

Gleich nach Schuljahresbeginn 2016 stellte der Regierungsrat das neue Sanierungspaket vor. Um 126 Millionen Franken sollte das Budget entlastet werden. Im Bildungsbereich sollte die Primarschule mit der Streichung von ungebundenen Lektionen am meisten bluten. Vollpensen wären damit für Klassenlehrpersonen oft nicht mehr möglich gewesen. Der Unterricht in Textilem Werken, nach Lehrplanvorgabe in Halbklassen zu unterrichten, hätte mit den Blockzeiten teilweise nur noch am Nachmittag durchgeführt werden können, was auch für diesen Beruf nur noch Teilzeitanstellungen ermöglicht hätte. Nach den Lehrpersonen der Bezirks- und der Mittelschulen müssen nun auch die Lehrpersonen der Berufsfachschulen eine Lektion mehr unterrichten, obwohl auch sie in der letzten Arbeitszeiterhebung (2008) deutlich mehr als 100% Arbeitszeit ausgewiesen hatten. Der alv bekämpfte die Vorschläge der Regierung vehement und beschloss zusam-

men mit dem Verband der Schulleitenden (VSLAG) und dem Verband der Schulpflegepräsidenten (VASP) eine gemeinsame Strategie: In einer Urabstimmung befürworteten die Mitglieder des alv eine Protestkundgebung während einer Grossratsdebatte. Gleichzeitig wurde mit den beiden Partnerverbänden VSLAG und VASP eine Resolution gegen den drohenden Bildungsabbau lanciert. Am 14. September 2016 beschlossen die Delegierten an einer ausserordentlichen DV die Durchführung einer Protestversammlung. Weiter verabschiedeten sie die Resolution. Schulleitende, Schulpflegepräsidenten und Lehrpersonen legten gemeinsam dar, weshalb die neuen Abbaumassnahmen nicht zu verantworten sind.

Am 8. November 2016 war es so weit: Tausende von Lehrpersonen, Kantonsangestellten, Polizisten, Vertretenden der Pflegeberufe, Schulleitenden, Schulpflegemitgliedern, Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Eltern und besorgten Einwohnerinnen und Einwohnern zogen in einem eindrucksvollen Protestmarsch durch die Aarauer Bahnhofstrasse. 8000 bis 10000 Protestierende versammelten sich beim Grossratsgebäude, der Grossratspräsident nahm die Resolution mit 50000 Unterschriften gegen den Bildungsabbau entgegen. Grossrätinnen und Grossräte überdachten die Situation und erkann-

ten, dass die Aargauer Bevölkerung einen weiteren Raubbau bei der Bildung nicht wünschte. So konnte die schlimmste Massnahme verhindert werden – die Streichung der ungebundenen Lektionen an der Primarschule.

Abstimmung zum Lehrplan 21 im Aargau

Wer gedacht hatte, der «Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis» (VPM) sei zu Grabe getragen worden, sah sich letztes Jahr arg getäuscht. Wie in vielen anderen Kantonen versuchten dessen Exponenten zusammen mit anderen Gegnern einer zeitgemässen Schule, den Lehrplan 21 auch im Kanton Aargau zu verhindern. Der trügerische Titel der Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» machte es uns nicht einfacher. Mit grossem Einsatz gelang es, die Stimmbürgerinnen und -bürger davon zu überzeugen, dass mit der Annahme der Initiative kein Problem gelöst, dafür mit der Isolation des Kantons viele neue geschaffen würden. Der alv freute sich sehr über das deutliche Abstimmungsresultat, für welches die Initianten flugs die Behördenpropaganda verantwortlich machten.

Neuer Aargauer Lehrplan

Nach der Abstimmung konnte der Kanton die Planung für den Aargauer Lehrplan aufnehmen. Der alv erarbeitete in einer in-

ternen Arbeitsgruppe eine Studentafel, die als Verhandlungsbasis mit dem Departement dienen sollte. Der alv war in allen Arbeits- und Begleitgruppen gut vertreten und konnte seine Sicht einbringen. Es zeigte sich sehr bald: Das grösste Problem für den neuen Lehrplan stellt die vom Regierungsrat vorgegebene Kostenneutralität für die Umsetzung dar: Zusätzliche Schülerlektionen und neue Inhalte ohne zusätzliche Finanzen einführen zu wollen, kann nur bedeuten, dass einmal mehr die Lehrpersonen die Zeche bezahlen sollen. Der alv hielt bei jeder Gelegenheit dezidiert fest, dass er eine solche Einführung nicht unterstützen wird.

Lohnnullrunde, Lohnklage, Lohnsystem

Der Grosse Rat beschloss für das Jahr 2017 eine weitere Lohnnullrunde. Für junge Lehrpersonen bedeutet dies Stagnation, und dass sie nach einigen Dienstjahren in den umliegenden Kantonen jährlich durchschnittlich 17 000 Franken, in einzelnen Kantonen gar bis 35 000 Franken mehr verdienen könnten. Wen wundert es da, dass im Aargau bereits nach dem ersten Berufsjahr 20 Prozent der Berufseinsteigenden den Kanton verlassen?

Das Bundesgericht wies vergangenen Juli unsere Beschwerde gegen das Urteil des

Verwaltungsgerichts in Sachen Primarlöhne ab. Die Argumentation wird teils auch von Fachleuten als abenteuerlich und politisch motiviert beurteilt. Immerhin attestierte uns das Bundesgericht, dass Lehrpersonen 10 Prozent weniger verdienen als dies in entsprechend eingestuft Funktionen der Verwaltung üblich ist. Die Lohnklage hat weiter dazu geführt, dass unser Lohnsystem mit der lohnsenkenden Anwendung des Vektorenmodells als nicht mehr haltbar anerkannt wird und ein neues Lohnsystem geschaffen werden muss.

Gesundheit Lehrpersonen

Der alv hat wiederholt aber leider erfolglos eine aktuelle Erhebung der Arbeitszeit von Lehrpersonen verlangt. Die vom Kanton 2008 erhobenen Zahlen belegen eine schon damals deutlich zu hohe Arbeitszeit. Die Verantwortung für die Einhaltung der Arbeitszeit wird vom Kanton gerne an die Schulen vor Ort oder noch lieber an die Lehrpersonen delegiert. Dies vor allem dann, wenn im Rahmen des Bildungsabbaus die Lektionenverpflichtung erhöht wird. In seiner Studie zur Gesundheit der Lehrpersonen hat der LCH für den Kanton Aargau alarmierend hohe jährliche Krankheitskosten von 3,5 Mio. Franken

(Schweiz: 37,6 Mio. Franken) nachgewiesen. Doch anstatt die Arbeitsbedingungen zu verbessern und so Krankheitskosten zu sparen, schlägt der Regierungsrat vor, die Intensivweiterbildung für Lehrpersonen zu streichen. Viele Lehrpersonen kamen bis anhin nach einem Sabbatical mit frischem Elan und neuen Ideen zurück in die Schulhäuser. Die Streichung der Intensivweiterbildung würde die Krankheitskosten weiter erhöhen.

alv und Politik

Im Herbst 2016 wurde der Grosse Rat neu gewählt. Wir unterstützten Kandidierende, die sich für Bildungsfragen in unserem Sinn stark machen. Seit Januar ist der alv Mitglied von ArbeitAargau, des neuen Dachverbandes, der den Anliegen der Arbeitnehmenden eine gemeinsame, starke Stimme geben will.

Wir setzten uns gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III) zur Wehr, sie hätte Bund und Kanton weitere Steuermillionen gekostet, die später auch im Bildungsbereich gefehlt hätten. Wir machten uns weiter stark für die Rentenreform 2020, weil sie Vorteile für Lehrpersonen mit kleinen Pensen und damit vor allem für Frauen gebracht hätte. Der alv wird sich in den nächsten Jahren stärker dafür einsetzen müssen, dass Lehrpersonen sich vermehrt in die Politik einmischen und sich in politische Ämter wählen lassen.

Ein herzliches Dankeschön

Im Namen der Geschäftsleitung danke ich allen alv-Mitgliedern herzlich für die Unterstützung. Nur ein Verband mit vielen Mitgliedern und einem hohen Organisationsgrad findet Gehör und hat die Möglichkeit, den Forderungen auch Gewicht zu verleihen. Ein ganz herzliches Dankeschön gilt allen, die an irgendeiner Stelle den Verband mit ihrer Mitarbeit unterstützen und die intensive Verbandsarbeit ermöglichen. Um unsere effiziente und sehr professionell arbeitende Geschäftsstelle werden wir oft beneidet. Allen Mitarbeitenden bin ich für ihren weit über das Erwartete hinaus geleisteten Einsatz von Herzen dankbar!

Elisabeth, Abbasi, Präsidentin alv



Die Schülerinnen und Schüler werden bald nach dem neuen Lehrplan unterrichtet. Das grösste Problem: die geforderte Kostenneutralität in der Umsetzung. Foto: Christoph Imseng (Archiv).